**Vorlage Nr. 20/2025
zu TOP 02
der Sitzung am 28.05.2025**

**Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung
hier: Fortschreibung 2025**

Anlage: Kommunale Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung, Fortschreibung 2025

Grundvoraussetzung für ein gutes Betreuungsangebot der Kommunen ist ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen, das flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern eingeht und sich an der Nachfrage orientiert. Ein attraktives Kinderbetreuungsangebot vor Ort unterstützt entscheidend die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung kann dazu beitragen, familiär-, sozial- oder migrationsbedingte Bildungsunterschiede zu verringern.

Die kommunale Bedarfsplanung ist ein kontinuierlicher Prozess, in den alle Beteiligten der Kindertagesbetreuung mit einbezogen sind (Kommune, kirchliche Träger, anerkannte Träger der freien Jugendhilfe sowie privat-gewerbliche Träger). Zu berücksichtigen sind aktuelle Änderungen der grundlegenden Gesetze zur Kindertagesbetreuung, etwa der Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren und der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. An der Gesetzeslage richtet sich auch die Förderung der Kommunen aus. (Quelle: KVJS)

Darüber hinaus gibt es ab dem Schuljahr 2026/2027 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder in der Grundschule. Bereits jetzt müssen entsprechende Überlegungen angestellt und Maßnahmen vorbereitet werden, um diesen Anspruch termingerecht erfüllen zu können.

Die Bedarfsplanung der Gemeinde Pfaffenhofen wurde im April 2025 für das Kindergartenjahr 2025/2026 fortgeschrieben und ist als Anlage dieser Vorlage beigefügt.

Die Fortschreibung der Bedarfsplanung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Betreuungseinrichtungen in Pfaffenhofen.

Die Bedarfsplanung ist dem Landratsamt Heilbronn, als Träger der örtlichen Jugendhilfe, nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat anzuzeigen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht zur Fortschreibung der örtlichen Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung in Pfaffenhofen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen.
3. Die Vorlage wird Bestandteil des Protokolls.